



Die Ukraine – finanziell am Ende

Gehälter und Renten für Beamte, Lehrer und Rentner, die von amerikanischen und anderen westlichen Steuerzahlern finanziert wurden, werden bald nicht mehr gezahlt werden.

Felix Abt

Fr. 12 Jan 2024

In der Ukraine wird das Geld für die Zahlung von Gehältern und Sozialleistungen für Beamte immer knapper. Wie die [Financial Times](#) berichtet, erklärte die ukrainische Wirtschaftsministerin Yulia Svyrydenko, dass diese Zahlungen eingestellt werden müssen, wenn die USA und die EU ihre finanzielle Unterstützung nicht rasch wieder aufnehmen. "Die Unterstützung durch unsere Partner ist extrem wichtig", fuhr sie fort, "wir brauchen sie dringend."

Fünfhunderttausend Beamte, eine Million Lehrer und zehn Millionen Rentner wären von der Zahlungssperre betroffen. In diesem Jahr wird Kiew mindestens 37 Milliarden Dollar aus dem Ausland benötigen. Ein Finanzpaket im Wert von 60 Milliarden Dollar wird in den USA vom Kongress blockiert, während in der EU der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban an der Spitze der Opposition steht, die die Auszahlung von 50 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren verhindern will.

Svyrydenko zeigte sich optimistisch und meinte, die EU-Mittel könnten im Februar genehmigt und im März freigegeben werden. Dies würde jedoch nicht ausreichen. Kiew hat die Gewinnsteuer für Banken auf fünfzig Prozent angehoben als Teil der Maßnahmen zur Erhöhung der eigenen Einnahmen. Damit würden in erster Linie das Militär finanziert und Schulden zurückgezahlt. Engpässe im sozialen Bereich sind zu erwarten.

Milliardenbeträge aus den USA, Großbritannien und der EU haben diese katastrophale Finanzlage nicht verhindern können. Im Gegenteil: Der bedingungslose Zufluss von Geld und Kriegsmaterial in einen der größten Korruptionssümpfe der Welt, der nicht nur den Krieg weiter anheizt, sondern auch Milliarden in die Taschen von Oligarchen und anderswo versickern und Kriegsmaterial auf dunklen Pfaden des Waffenhandels an dubiose Organisationen und Einzelpersonen verschwinden lässt, hat das wirtschaftliche Ungleichgewicht noch verschärft.

Die ukrainische Wirtschaft hat sich seit dem Beinahe-Zusammenbruch des Landes im Jahr 2015 nie wieder erholt - und das alles auf Kredit, hauptsächlich durch die Ausgabe neuer Staatsanleihen und die Aufnahme von Krediten beim Internationalen Währungsfonds, der im Fall der Ukraine seine eigenen Regeln brach, wie wir [hier](#) berichteten. Beide Formen der Verschuldung erfordern eine regelmäßige Refinanzierung.

Im Gegensatz zu ihren Oligarchen ist die Ukraine de facto schon seit langem bankrott. Sie ist ein hoffnungsloser Fall, ihre Wirtschaft wird vom Westen am Tropf gehalten. Ihre Streitkräfte wurden vollständig von mehr als zwei Dutzend NATO-Ländern aufgebaut, ausgebildet, ausgerüstet und finanziert. Das Militär würde sofort kollabieren, wenn es sich allein auf die ukrainischen Ressourcen verlassen müsste.

Kiew hätte einen Krieg mit Russland leicht vermeiden und im Frühjahr 2022 auch einen Friedensvertrag zu günstigen Bedingungen mit dem großen Nachbarn unterzeichnen können, wie wir [hier berichteten](#). Aber wie es die NATO-Gönner

forderten, weigerte es sich, dies zu tun. Dieser Schritt war gleichermaßen politisch verantwortungslos wie wirtschaftlich selbstmörderisch.

Wäre die Ukraine also ein normales Land und kein Vasallenstaat von Washingtons Gnaden, müsste sie sich selbst finanzieren, Krieg hin oder her. Und wenn es ihr an Kreditwürdigkeit mangelt, sollte es kein Geld mehr geben und sie sollte in Konkurs gehen dürfen. Wenn die westlichen Steuerzahler ein Mitspracherecht hätten, würde genau das passieren.

Kann der Zusammenbruch verhindert werden?

Solange Zelensky an der Macht bleibt, wird sich nichts ändern, denn er ist genauso wahnhaft wie die westlichen russophoben Neocons, denen er blindlings folgt. Folglich wird er weiter den Weg der Selbstzerstörung gehen. Er brüstet sich mit seinem ultimativen Triumph über Russland und fordert in seinem "Friedensplan", dass Moskau sich unterwirft, seine Soldaten bedingungslos abzieht und alle Gebiete zurückgibt, die es während seiner speziellen Militäroperation eroberte, einschließlich der Krim. Zelensky zeigte jedoch offensichtliche Anzeichen von Verzweiflung, als er kürzlich mit einer Rakete einen Markt in der Volksrepublik Donezk angriff und dabei zahlreiche Zivilisten tötete (wir haben als erste darüber berichtet und die [falschen Behauptungen](#) Zelenskys und der westlichen Medien widerlegt, Russland habe absurderweise eine Stadt unter seiner eigenen Kontrolle bombardiert)

Ohne jeden Zweifel werden Zivilisten in der Ostukraine seit 2014 von Kiew bombardiert, als sich die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass weigerte, ein feindliches Regime anzuerkennen, das durch einen von den USA initiierten Staatsstreich an die Macht kam und die demokratisch gewählte Regierung gewaltsam beseitigte.

Ukraine Used Cluster Bombs, Evidence Indicates

By Andrew Roth

Oct. 20, 2014

DONETSK, Ukraine — The Ukrainian Army appears to have fired [cluster munitions](#) on several occasions into the heart of Donetsk, unleashing a weapon banned in much of the world into a rebel-held city with a peacetime population of more than one million, according to physical evidence and interviews with witnesses and victims.

Ein Bericht der New York Times aus dem Jahr 2014 über die Terrorisierung der mehrheitlich russischsprachigen Bevölkerung im Osten durch Kiew mit Streubomben. (Screenshot New York Times)

Aber die Verzweiflung Zelenskys und seines vom Westen unterstützten Regimes hat sich gerade massiv verschlimmert, indem sie eine ganz neue Dimension angenommen hat: Zum ersten Mal hat er die Zivilbevölkerung einer russischen Stadt bombardiert. Bei einem Neujahrs-Straßenfest auf dem zentralen Platz der Stadt Belgorod feuerte die ukrainische Armee am 30. Dezember um 15 Uhr Ortszeit Raketen aus Mehrfachraketenwerfern ab, die mit Streumunition bestückt waren. Bislang wurden über 100 Menschen - darunter auch Kinder - verletzt und 25 Personen - darunter fünf Kinder - getötet. Die Filmaufnahmen des Beschusses (siehe [hier](#), [hier](#) und [hier](#)) zeigen ausschließlich zivile Opfer; Militärpersonal ist nicht zu sehen. Kiew setzte illegale Streumunition ein, um gezielt ein Volksfest zu bombardieren, wohl wissend, dass dieser Tag für die russischen Bürger von großer Bedeutung war. Das offensichtliche Ziel dieses Terroranschlags war es, so viele Zivilisten wie möglich zu töten.

Das wird die westlichen Eliten nicht stören, die [Zelensky](#) auf ihrem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar mit offenen Armen empfangen werden. Schließlich ist Präsident Putin derjenige, der zu verurteilen ist, weil er im Gegensatz zur Westukraine und zu Israel nicht absichtlich Zivilisten bombardiert, sondern Kinder aus dem lebensbedrohlichen Kriegsgebiet evakuiert. Deshalb wurde er vom durch den Westen finanzierten und manipulierten Internationalen Strafgerichtshof absurderweise als Kriegsverbrecher gebrandmarkt und mit einem Haftbefehl "bestraft".

Die ukrainischen Stimmen der Vernunft werden lauter

Während von Zelensky und seinem Regime nichts Gutes zu erwarten ist, kommen andere Ukrainer zur Vernunft und denken über einen Ausweg aus dem grenzenlosen Chaos nach.

Einer von ihnen ist Zelenskys ehemaliger Berater Oleksej Arestovych, der erklärt, dass sowohl die Ukraine als auch Russland Opfer der westlichen Politik sind. Daher sollten beide Staaten den Westen gemeinsam verklagen, sagte der ehemalige Präsidentenberater in einem erstaunlichen [Interview](#) mit der russischen Oppositionsjournalistin Julia Latynina, über das auch [ukrainische Medien](#) berichteten. "Sie sollten zu Putin gehen und sagen: Wladimir Wladimirowitsch, lassen Sie uns Frieden schließen, aber lassen Sie es uns auf besonders raffinierte Weise tun und eine Sammelklage gegen den Westen einreichen."

Er forderte nachdrücklich ein neues kollektives Sicherheitssystem für Europa, "das die wirklichen Interessen beider Seiten berücksichtigt". Dazu gehöre auch, die Osterweiterung der NATO zu stoppen, da Russland darin eine echte Bedrohung seiner Sicherheit sehe. "Wir können das nicht ignorieren, denn sie sind bereit, dafür zu töten und zu sterben, und der Westen nicht."



"Das ist uns der Westen schuldig"

Im Gegensatz zu seinem früheren Chef Zelenksy, der Verhandlungen mit Russland verbot, fordert Arestovych, "mit Putin zu reden" und einen gerechten Frieden zu schließen, der die legitimen Interessen beider Nachbarn und nicht die Washingtons berücksichtigt. (Screenshot des Interviews)

Arestovych, der im vergangenen Jahr von seinem Amt zurückgetreten war, wiederholte damit eine Forderung, die Moskau zuletzt einige Wochen vor Beginn des bewaffneten Konflikts erhoben hatte. Sie wurde jedoch von den USA und der

NATO arrogant zurückgewiesen, was die russische militärische Sonderoperation auslöste.

Der Westen habe versucht, "sich auf Strukturen zu verlassen, die 1945 geschaffen wurden und 1989 gestorben sind". Doch das werde nicht funktionieren.

Dieser Artikel wurde erstveröffentlicht auf dem asiatische Internetmagazin [Eastern Angle](#). Wir bedanken uns bei unserem Partnerunternehmen für die Erlaubnis der Übernahme.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Ukraine The New York Times Putin, Wladimir Orban, Viktor Financial Times (FT)
NATO IMF Weltwirtschaftsforum (WEF)